Heute unter anderem zu folgenden Themen: Jobwunder in den Medien. Die Wahrheit hinter glänzenden Vermittlungszahlen; Stuttgart 21; Guttenberg; Adieu Vollbeschäftigung; Alles wächst – nur wie lange? Zu den aktuellen Frühjahrsprognosen; Halbzeit beim Neoliberalismus; Rechnungshof rügt Verschwendung im Krankenhaus; Bund vergrätzt Riester-Sparer; Widerstand gegen MLP-Sparpläne; Verkauf der WestLB: Ein Merz-Spezial-Honorar; Die große Hilfe – Wo sind Haitis Spendenmilliarden geblieben ?; Wikileaks: USA verbieten UN-Treffen mit Manning; Schaar rechnet mit Schwarz-Gelb ab; Ölkatastrophe im Golf: Milliardenklagen nach Desaster; Junge Ökonomen – "Den Job bekommt der Karrierist, nicht der Querdenker"; »Ich lasse mir von niemandem erklären, wer ein Kriegsverbrecher ist«; Das ist das Schlecker-Prinzip; zu guter Letzt: Volker Pispers: Schulden (12.04.2011); Das Allerletzte: Fremdschämen mit der FDP (MB/WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Jobwunder in den Medien. Die Wahrheit hinter glänzenden Vermittlungszahlen
2. Stuttgart 21
3. Guttenberg
4. Adieu Vollbeschäftigung
5. Alles wächst – nur wie lange? Zu den aktuellen Frühjahrsprognosen
6. Halbzeit beim Neoliberalismus
7. Rechnungshof rügt Verschwendung im Krankenhaus
8. Bund vergrätzt Riester-Sparer
9. Widerstand gegen MLP-Sparpläne
10. Verkauf der WestLB: Ein Merz-Spezial-Honorar
11. Die große Hilfe – Wo sind Haitis Spendenmilliarden geblieben ?
12. Wikileaks: USA verbieten UN-Treffen mit Manning
13. Schaar rechnet mit Schwarz-Gelb ab
14. Ölkatastrophe im Golf: Milliardenklagen nach Desaster
15. Junge Ökonomen – "Den Job bekommt der Karrierist, nicht der Querdenker"
16. »Ich lasse mir von niemandem erklären, wer ein Kriegsverbrecher ist«
17. Das ist das Schlecker-Prinzip
18. zu guter Letzt: Volker Pispers: Schulden (12.04.2011)
19. Das Allerletzte: Fremdschämen mit der FDP

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Jobwunder in den Medien: Die Wahrheit hinter glänzenden Vermittlungszahlen**
   Ein angeblicher Vermittlungsrekord der Bundesagentur für Arbeit macht Schlagzeilen: Eine Million Hartz-4-Empfänger soll sie in Jobs und Ausbildung gebracht haben. REPORT MAINZ zeigt die Wahrheit hinter der vermeintlichen Erfolgsmeldung.
   Quelle: Report Mainz
   Quellen-Alternative: YouTube
2. **Stuttgart 21**
   a. **Keine Angst vorm Volksentscheid zu Stuttgart 21**
      Kaum haben die Grünen die Wahl in Baden-Württemberg gewonnen, schon gehen sie auf Abstand zu einem ihrer wichtigsten Versprechen. Die Partei drückt sich vor der Abstimmung über Stuttgart 21 – und riskiert ihre Glaubwürdigkeit.
      Die Landung in der Wirklichkeit kam schnell und hart. Kaum haben die Grünen die Landtagswahl in Baden-Württemberg gewonnen, schon gehen sie auf Abstand zu einem ihrer wichtigsten Wahlversprechen. Auf bunten Plakaten, in feurigen Reden und zahlreichen Interviews hatte ihr Spitzenkandidat Winfried Kretschmann für einen Volksentscheid über Stuttgart 21 geworben. Damit wollte er einen endgültigen Beschluss über den geplanten Tiefbahnhof herbeiführen und den Graben zwischen Gegnern und Befürwortern des Projekts zuschütten. Was nun während der Koalitionsgespräche mit der SPD nach außen dringt, hört sich ganz anders an. “Grundsätzlich” stehe er zu seinem Versprechen, orakelt Kretschmann. Doch lässt der designierte Ministerpräsident keinen Zweifel daran, dass er die endgültige Entscheidung über die Bürgerbefragung gern so lange ruhen lassen würde, bis der während der Schlichtung verabredete Stresstest die zusätzlichen Kosten des Bahnprojekts ermittelt hat.
      Quelle: FTD
   b. **Zoff um Stuttgart 21**
      Bei dem Bahnprojekt ist die SPD in Baden-Württemberg nicht so geschlossen, wie die Spitze suggeriert. Die Gegner wollen keine Volksabstimmung. […]
      Auf einer Regionalkonferenz am Montagabend in Karlsruhe war Stuttgart 21 der Begriff, den Schmid von den SPD-Mitgliedern am häufigsten hörte. Der Abend zeigte, dass die Partei längst nicht so geschlossen ist bei dem Thema, wie es die Parteispitze gerne vorgibt. Die meisten Befürworter an der Basis würden sich zwar mit einer Volksabstimmung zufrieden geben. Nicht jedoch die S-21-Gegner. Das hat vor allem einen Grund: das Quorum bei einem Volksentscheid. Um das Projekt über eine Volksabstimmung tatsächlich zu kippen, müssten mindestens ein Drittel aller Wahlberechtigten dagegen stimmen. Die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen würde nicht reichen. Auch der Verein Mehr Demokratie

bescheinigte daher den S-21-Gegnern kürzlich geringe Erfolgsaussichten. “Der Volksentscheid dient nur dazu, das Projekt am Leben zu halten”, sagte ein Genosse am Montag. Ein anderer warf der SPD-Parteispitze vor, die Volksabstimmung sei nur ein Köder für S-21-Gegner vor der Wahl gewesen.
Quelle: taz

c. **Wolfgang Lieb: Appell an die SPD Baden-Württemberg**
Augen und Ohren öffnen, S 21 sachlich überdenken
weiterlesen [PDF – 53 KB]

3. **Guttenberg**
   a. **Guttenberg soll vor Gericht**
   Ein Plagiats-Opfer zeigt den Ex-Verteidigungsminister an. Diesem droht damit ein Strafprozess. Das Verhalten Guttenbergs verärgert viele, von denen er abgeschrieben hat.
   “Ich werde Strafantrag gegen Herrn zu Guttenberg stellen“, sagte ein Plagiats-Opfer, dessen Texte Guttenberg in seiner Doktorarbeit in großem Umfang verwendet hat, der FR. Juristen arbeiteten derzeit am Strafantrag für die Staatsanwaltschaft Hof.
   Quelle: Frankfurter Rundschau

   b. **Affäre um Doktorarbeit: Plagiatsopfer kritisiert Guttenberg**
   Aus einem Leitartikel von Klara Obermüller wurde in Karl-Theodor zu Guttenbergs Doktorarbeit abgeschrieben – jetzt kritisiert die Schweizer Journalistin den Ex-Verteidigungsministers scharf: Dessen Versuch, die Aufklärung der Uni Bayreuth zu behindern, sei grotesk und undemokratisch.
   Quelle: SPIEGEL Online

   Anmerkung unseres Lesers M. K.-L.: *Warum der Spiegel das jetzt unter der Rubrik “Unispiegel” versteckt, muß man nicht kommentieren – das kann man sich auch so denken… Aber eine Bitte an Frau Obermüller. Wenn Sie das hier lesen: Es ehrt Sie sehr, daß sie Hr Guttenberg erneut die Chance einräumen wollen, die Sache ordentlich und zivilisiert selbst zu bereinigen. Allerdings zeigt der Herr Baron zum wiederholten Mal, daß er offenbar entweder nicht willens ist oder ihm seine Arroganz den Weg verstellt, dies zu tun. Daher meine Bitte an Sie (und ich spreche sicher im Namen vieler): Stellen Sie doch bitte Strafantrag gegen Hr Guttenberg, damit uns dieses Schmierentheater erspart bleibt und sich statt viele Menschen über ihn nur noch einer über sich selbst ärgern muß ! Vielen Dank.*

   c. **Die Guttenberg der FDP**

Guttenberg war kein Einzelfall: Das "VroniPlag Wiki" bezichtigt die FDP-Europapolitikerin Silvana Koch-Mehrin des Plagiats. stern.de hat mehrere Vorwürfe geprüft – sie stimmen.
Quelle 1: Stern
Quelle 2: vroniplag.wikia.com

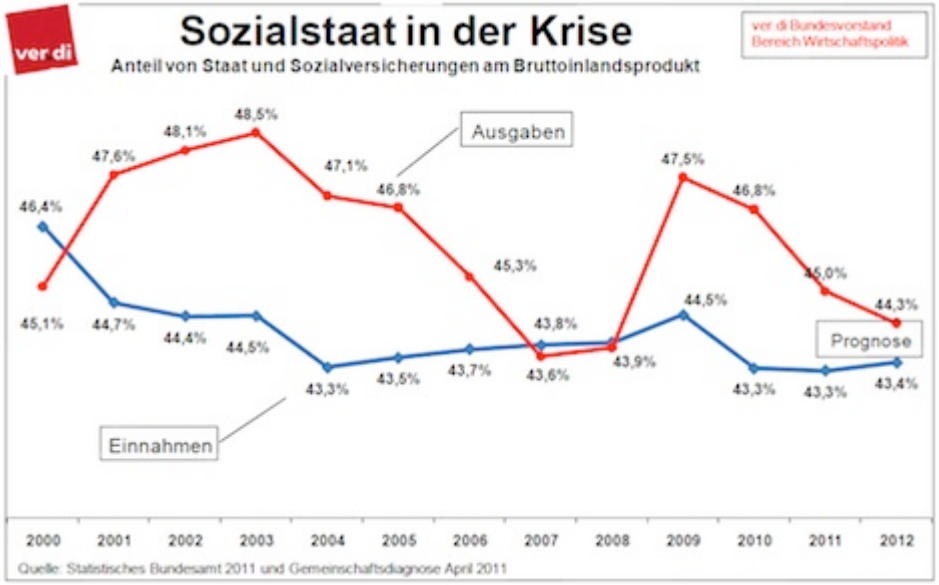
Anmerkung WL: *Dass die Europaabgeordnete der FDP nicht ganz so fleißig ist, wie sie vorspiegelt, wusste man schon spätestens seit ihre Präsenzquote im Europäischen Parlament zum Thema wurde. Und dennoch geht sie mit dem Spruch hausieren, Leistung muss sich lohnen.*

Anmerkung MB: *Frau Doktor hat aber auch sooo viel nebenher zu tun…*

Anmerkung unseres Lesers D.B.: Vielleicht melden wir mal, wer seine Doktorarbeit NICHT abgeschrieben hat.

4. **Adieu Vollbeschäftigung**
   Am 11. April hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Bmwi) das Nationale Reformprogramm der Bundesrepublik Deutschland in der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin vorgestellt.
   Dazu kann man viele Meinungen haben. Der Vertreter der Europäischen Kommission bezeichnete es als nicht "besonders ambitioniert", es sei "keine Gesamtstrategie zu erkennen", eher eine "Ex-Post-Strategie", da das Programm weitgehend bereits bestehende Maßnahmen der Bundesregierung beschreibe.
   Eines aber ist mit dem Vortrag des Bmwi durch eine darin enthaltene Graphik und die ihr per definitionem zugrundeliegende Logik belegt: Die Bundesregierung hat kein beschäftigungspolitisches Ziel – jedenfalls nicht das, die Arbeitslosigkeit zu senken.
   Quelle 1: Wirtschaft und Gesellschaft
   Quelle 2: Europa 2020 – Nationales Reformprogramm der Bundesrepublik Deutschland
5. **Alles wächst – nur wie lange? Zu den aktuellen Frühjahrsprognosen**
   Die aktuellen Gutachten sehen Deutschland für das laufende Jahr übereinstimmend noch auf
   Wachstumskurs. Allerdings ist hierfür eine Reihe von Sondereinflüssen verantwortlich, die aber nach und nach auslaufen. Deshalb rechnen beide Gutachten mit niedrigeren Wachstumswerten nach 2011.
   Eine der wesentlichen Ursachen ist, dass vom Außenhandel kaum noch ein Wachstumsimpuls ausgeht. Angesichts von Schuldenkrise und Sparprogrammen in praktisch allen europäischen Ländern ist die Annahme unrealistisch, dass der Außenhandel wieder die gleiche Wachstumsdynamik erreicht wie vor der Krise. Durch

die Maßnahmen zur Einhaltung der Schuldenbremse wird vom Staat auf absehbare Zeit ebenfalls kein merklicher Wachstumsimpuls ausgehen.
Investitionen werden nur dann in zunehmendem Umfang getätigt und damit zum Wachstumsmotor, wenn der Absatz durch Export oder inländischen Konsum steigt. Letztlich hängt damit alles am privaten Konsum, der mit knapp 60 Prozent auch den größten Beitrag zum BIP stellt. Damit wird deutlich, wie stark die wirtschaftliche Perspektive an der Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte hängt.
Höhere Löhne sind Voraussetzung für ein sich selbst tragendes Wachstum in Deutschland und würden gleichzeitig zu einem Abbau von Ungleichgewichten in Europa beitragen.
Eine höhere Binnennachfrage ist nicht nur Voraussetzung für einen sich selbst tragenden Aufschwung in Deutschland, sondern würde auch mehr Importe ermöglichen. Dies ist eine notwendige Bedingung damit europäische Ungleichgewichte zurückgehen können und die Länder mit den größten Schuldenproblemen überhaupt die Möglichkeit erhalten, ihre Verschuldung abzubauen.



Quelle: ver.di Wirtschaftspolitische Informationen

6. **Halbzeit beim Neoliberalismus**
Allmählich brechen auch die letzten Konstruktionen zusammen, mit denen Neoliberale ihre Ideologie stützen. Die Frankfurter Rundschau berichtet heute, dass die Löhne in Deutschland auch gemessen an ihrer absoluten Höhe im europäischen Vergleich sinken. Es wird ja immer wieder getrommelt, hierzulande wären die Löhne am höchsten, gern auch “bei weitem” am höchsten. Das stimmt aber eben nicht. Die Produktivität in Deutschland, schon traditionell ganz vorne weg, steigt derweil

ebenfalls weiter an. Wie sonst sollte auch der Export derart brummen?
Quelle: Feynsinn

7. **Rechnungshof rügt Verschwendung im Krankenhaus**
Haben deutsche Kliniken sich mit inkorrekten Rechnungen 900 Millionen Euro erschlichen? Der Bundesrechnungshof ist davon überzeugt. Die Krankenhäuser hingegen wiegeln ab – und stellen die Prüfer selbst an den Pranger.
Etwa jede dritte geprüfte Klinikabrechnung ist nach Ermittlungen des Bundesrechnungshofs fehlerhaft. Die Krankenkassen zahlten rund 875 Millionen Euro vom Beitragszahler zu Unrecht an die Krankenhäuser. Das Geld müsse an die Kassen erstattet werden, verlangte die Behörde am Dienstag in Bonn und forderte das Bundesgesundheitsministerium auf, eine Vereinfachung des Abrechnungssystems, Anreize für ein korrektes Abrechnungsverhalten sowie wirksamere Kontrollverfahren der Kassen zu prüfen. Insgesamt stiegen die Ausgaben für die Kliniken 2010 auf 59 Milliarden Euro. […]
„Krankenhausrechnungen sind so oft falsch, weil dort der Anreiz fehlt, sich bei der Rechnungsstellung ausreichend Mühe zu geben“, kritisierte ein Sprecher des Kassenverbands. Wenn sich eine Rechnung als falsch erweise, solle künftig das Krankenhaus 300 Euro an die Kassen zahlen müssen. Der Gesetzgeber müsse die Ungleichbehandlung von Kassen und Krankenhäusern möglichst schon mit dem aktuellen Versorgungsgesetz beseitigen.
Quelle: Focus

Anmerkung Jens Berger: *Es ist in der Branche ein offenes Geheimnis, dass die Krankenhäuser durch falsche Abrechnungen ihre Einnahmen maximieren. Streng genommen ist das Betrug. Aber in diesem Falle wird es den Krankenhäusern auch denkbar einfach gemacht, da die Kassen offensichtlich kein großes Interesse daran haben, den „Betrügern“ auf die Finger zu hauen. Diese Gleichgültigkeit zeigt sich auch im Zitat des Kassensprechers aus dem Artikel – die überhöhten Abrechnungen haben nichts mit „mangelndem Anreiz, sich ausreichend Mühe zu geben“, zu tun, sondern mit der ungenügenden Kontrolle der Abrechnungen durch die Kassen. Wie sagt der Volksmund so schön … Gelegenheit macht Diebe.*

8. **Bund vergrätzt Riester-Sparer**
Zu bürokratisch, zu kompliziert: Die häufig geübte Kritik an der Riester-Rente scheint sich zu bewahrheiten. Nach einer Prüfung will der Bund eine halbe Milliarde Euro von Bürgern zurück, deren Altersvorsorge zu sehr gefördert wurde.
Schwerer Imageschaden für die Riester-Rente: In rund 1,5 Millionen Fällen fordern die Behörden staatliche Zulagen für die private Altersversorgung zurück, weil Sparer die

Förderung zu Unrecht erhielten. Einen entsprechenden Bericht des Bayerischen Rundfunks bestätigte eine Sprecherin der Zentralen Zulagenstelle, die die Riester-Förderung für den Bund abwickelt. Insgesamt gehe es um über 500 Mio. Euro Zulagen, die für die Jahre 2005 bis 2007 gezahlt worden seien.
Quelle: FTD

9. **Widerstand gegen MLP-Sparpläne**
MLP-Chef Uwe Schroeder Wildberg will dem angeschlagenen Finanzdienstleister ein Restrukturierungsprogramm verordnen und mehrere Stellen streichen, auch im Topmanagement. Die Mitarbeiter begehren auf und wollen einen Betriebsrat gründen.
Quelle: Manager-Magazin

Anmerkung unseres Lesers J.W.: *Wenn es eng wird, dann besinnen sich die "sogenannten Eliten" doch "kommunistischem Machwerk" der Gründung eines Betriebsrats. In guten Zeiten, war der Betriebsrat "Teufelswerk" für nicht "leistungsbereiter Arbeitnehmer". So ändern sich die Zeiten.*

Ergänzende Anmerkung MB: *Vielleicht waren die Gagen für die vielen Versicherungvertreter mit Professorentitel doch zu viel für das Budget.*
Zur Rettung angeschlagener Finanzdienstleister wären sicher die Pflicht zur Riester-Rente oder die Pflicht zur privaten Pflege-Zusatzversicherung hilfreich … Wetten das kommt wieder …

10. **Verkauf der WestLB: Ein Merz-Spezial-Honorar**
Die Eigentümer der WestLB, darunter das klamme Nordrhein-Westfalen, zahlen dem langjährigen CDU-Mann Friedrich Merz ein fürstliches Tageshonorar von 5000 Euro. Dabei ist höchst fraglich, ob Merz seine Mission erfüllen kann, einen Käufer für die marode Landesbank zu finden.
Als Friedrich Merz noch Vizechef der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag war, hatte er klare Grundsätze. "Jedem" müsse klar sein, dass "die Ansprüche an den Staat deutlich zurückgenommen" werden müssten.
Inzwischen macht Merz nur noch gelegentliche Ausflüge in die Politik, etwa zuletzt im rheinland-pfälzischen Wahlkampf als Mitglied im CDU-"Kompetenzteam". Als Wirtschaftsanwalt der Kanzlei Mayer Brown schraubt er derweil seine Ansprüche an den Staat deutlich rauf: 5000 Euro pro Tag, dieses Honorar sicherte er sich für den Job als Veräußerungsbeauftragter der nordrhein-westfälischen Landesbank WestLB laut Unterlagen, die stern.de vorliegen. Bei 20 Arbeitstagen pro Monat ergäbe das ein Monatsgehalt von 100.000 Euro – und Merz hat Presseberichten nie widersprochen, dass er "nahezu als Vollzeitjob" für die WestLB im Einsatz ist. Er lässt lediglich mitteilen, dass "über die Details der Beauftragung" zwischen den Beteiligten

"Stillschweigen vereinbart worden" sei.
Bereits vergangene Woche schlug eine Enthüllung des stern Wellen, wonach 14 weitere Anwälte der Merz-Kanzlei bis heute knapp elf Millionen für die Beratung der maroden WestLB berechnet haben. In dieser Summe sind die Honorare noch gar nicht enthalten, die Merz als Veräußerungsbeauftragter kassiert.
Quelle: Stern

Anmerkung MB: *Merken Sie sich das bitte, wenn es wieder heißt, Leitstung müsse sich wieder lohnen. Oder, wenn es darum geht, dass jemand Anderes angeblich über seine Verhältnisse lebt …*

11. **Die große Hilfe – Wo sind Haitis Spendenmilliarden geblieben ?**
Zehn Milliarden Dollar, so viel sollte Haiti von anderen Staaten zum Wiederaufbau des Landes erhalten. Zusätzlich wurde eine Milliarde Dollar an Privatspenden gesammelt. Das ist ein Jahr her. Allein in Deutschland sammelten die Hilfsorganisationen 42 Millionen Euro, und die Bundesregierung sagte zusätzlich 85 Millionen zu. Doch bisher wurden von den Hilfsgeldern aus Deutschland gerade mal 30 Millionen Euro ausgezahlt. Wie kann das sein? Gibt es nicht genügend Projekte in Haiti? die story macht sich auf die Suche und fragt nach, warum bis heute so wenig Geld ausgezahlt wurde. In Haiti stoßen die Autoren auf Zeltstädte, kaputte Straßen, fehlende Strom- und Wasserversorgung. Warum ist es so schwer, ein Jahr nach der Katastrophe wenigstens die notwendigsten Dinge wieder aufzubauen? Ist nicht vernünftig geklärt, wer das Geld verteilen kann? Oder sind es die Hilfsorganisationen, die seit Jahren in Haiti arbeiten, aber zum Teil so zerstritten sind, dass eine Koordination der Hilfe nicht möglich ist?
Quelle: WDR

Anmerkung unseres Lesers J.L.: *Hier wird sehr ausführlich berichtet, wie sich etliche an der Not und dem Elend der Haitianer bereichern. Zum Beispiel mit dabei, natürlich, Monsanto. Sie "spendeten" tonnenweise ein Danäer-Geschenk in Form von Saatgut für Gen-manipulierten Mais, auf dass die Haitianische Landwirtschaft in Abhängigkeit geraten soll.*

12. **Wikileaks: USA verbieten UN-Treffen mit Manning**
UN-Berichterstatter dürfen kein vertrauliches Gespräch mit dem möglichen Wikileaks-Informanten führen. Manning soll in Haft misshandelt worden sein. Die Vereinten Nationen sind über das US-Vorgehen "enttäuscht".
Der UN-Sonderberichterstatter für Folter, Juan Mendez, ist über das Vorgehen der USA "enttäuscht und frustriert": US-Behörden haben ihm verboten, den mutmaßlichen

Wikileaks-Informanten Bradley Manning in Haft zu einem vertraulichen Gespräch zu treffen. […] "Ich könnte so nicht feststellen, ob er gefoltert wurde", sagt der UN-Sonderberichterstatter.
Der Anwalt des 23-jährigen Manning hatte im März Misshandlungsvorwürfe gegen die US-Regierung erhoben. Sein Mandant habe demnach stundenlang nackt in einer Zelle des Militärgefängnisses in ausharren müssen. Auch der US-Außenamtssprecher kritisierte die Haftbedingungen für Manning – und trat daraufhin zurück.
Quelle: Die Presse

13. **Schaar rechnet mit Schwarz-Gelb ab**
Der Bundesbeauftragte für Datenschutz, Peter Schaar, wirft der schwarz-gelben Bundesregierung vor, Bürger zu wenig vor Eingriffen in ihre Privatsphäre zu schützen. Ein zunehmendes Problem sieht er in der Datensammlung im Internet.
Quelle: Frankfurter Rundschau

dazu: Die Datenfresser kommen
Zwei Mitglieder des Chaos Computer Clubs machen sich Gedanken über Privatsphäre und Datenschutz. Constanze Kurz und Frank Rieger zeigen in ihrem Buch "Die Datenfresser" Gefahren auf und geben Empfehlungen für eine neue digitale Mündigkeit.
Quelle: Frankfurter Rundschau

14. **Ölkatastrophe im Golf: Milliardenklagen nach Desaster**
Ob die vom Konzern geschätzten 41 Mrd. $ zur Begleichung der Schäden und der Kompensationszahlungen ausreichen werden, hängt allerdings von verschiedenen Faktoren ab. Falls es zu einer Verurteilung wegen grober Fahrlässigkeit kommt, muss BP nach Einschätzung der Royal Bank of Scotland mit zusätzlichen Aufwendungen von bis zu 30 Mrd. $ rechnen. Schadenersatz kann in den USA eingefordert werden, wenn bewiesen wird, dass sich eine Firma mit Vorsatz betrügerisch oder rücksichtslos verhalten hat. Auf Schadenersatz spezialisierte amerikanische Anwaltskanzleien werden alles daran setzen, möglichst viel Geld aus dem britischen Multi zu pressen. BP weiss das und hat deshalb eine Abwehrstrategie entwickelt. «Viele Beteiligte, viele Ursachen», heisst das Credo.
Quelle: NZZ

Anmerkung Orlando Pascheit: *Ein Nebeneffekt der Kämpfe in Libyen ist der Abbruch der Tiefseebohrungen vor der libyschen Küste durch BP. Zwar sind zurzeit nur Probebohrungen in rund 1750 Metern vorgesehen, 200 Meter tiefer als bei der Katastrophen-Bohrung der Deepwater Horizon, aber sobald einmal Öl gefunden und gefördert würd, dürfte sich eine ähnliche Katastrophe im Mittelmeer noch weitaus*

dramatischer erweisen als im Golf von Mexiko. Das Wasser des Mittelmeers wird in einem Zeitraum von etwa 180 Jahren durch den Zufluss vom Atlantik über die Straße von Gibraltar ausgetauscht. Sollte es zu einem Machtwechsel in Libyen kommen, so könnte unter Umständen das Anliegen der italienischen Umweltministerin Stefania Prestigiacomo Gehör finden. Sie plädiert wie auch Energiekommissar Günther Oettinger für ein Moratorium, zumindest so lange, bis die 21 Mittelmeer-Anrainerstaaten einen gemeinsamen Standpunkt beim Thema Tiefseebohrungen gefunden haben.

15. **Junge Ökonomen – "Den Job bekommt der Karrierist, nicht der Querdenker"**
Drei Typen bevölkern die Wirtschaftswissenschaften: Karrieristen, Freizeit-Könige und eine Handvoll Idealisten. Fast alle Studenten suchen allein das Geld und den Erfolg, sagt Lutz von Rosenstiel. Im Interview spricht der Münchner Forscher über den Mangel an Moral bei den Managern von morgen. […]
KarriereSPIEGEL : Gibt es denn Ansätze, um diesen Teufelskreis – Karrieristen fördern Karrieristen, die wieder neue Karrieristen einstellen – zu verlassen?
Rosenstiel: Die gibt es bestimmt – sie erfordern aber ein komplettes Umdenken. Für die Unternehmen gilt immer noch das Sprichwort "Der Fisch stinkt vom Kopfe her". Will heißen: Wenn die Unternehmensleitung Gewinnmaximierung als einziges Ziel definiert, könnten im Unternehmen noch so viele ambitionierte und idealistische Menschen arbeiten – es würde sich nichts ändern. Gleichzeitig muss es überhaupt erst einmal anders denkende Absolventen geben, die Unternehmen einstellen könnten. Und um die zu kriegen, müsste man die Ausbildung reformieren. Denn mit den jetzigen Lehrinhalten können die Universitäten kaum Querdenker und Idealisten zu einem wirtschaftswissenschaftlichen Studium bewegen.
Quelle: SPIEGEL Online

Anmerkung unsere Lesers J.K.: *Recht interessantes Interview, das schön darauf hinweist woher das gleichgeschaltete Denken gerade in den Wirtschaftswissenschaften und Unternehmen kommt. Im übrigen kann ich diese Erfahrung aus meiner langjährigen Tätigkeit in Großkonzernen nur bestätigen. Dort sitzen vorwiegend Menschen in Führungspositionen, die von oben vorgegebene Ziele ohne Sinn und Verstand exekutieren. Selbst wenn diese langfristig der Firma schaden sollten.*

16. **»Ich lasse mir von niemandem erklären, wer ein Kriegsverbrecher ist«**
Erinnerungen an das Massaker in den Beiruter Flüchtlingslagern Sabra und Schatila 1982, »Terrorismus« und eine Aussageverweigerung vor Gericht. Ein Gespräch mit Robert Fisk.

Quelle: Junge Welt

17. **Das ist das Schlecker-Prinzip**
Unternehmer stellen Errungenschaften bei Druckern und Redakteuren in Frage. FR-Umbau verringert Pressevielfalt. Ein Gespräch mit Frank Werneke, stellvertretender ver.di-Vorsitzender und Leiter des Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie:
"In der Druckindustrie geht es bei Leiharbeit nicht um den Ausgleich von Auftragsschwankungen, sondern um die systematische Verdrängung regulärer Beschäftigung. Das gilt insbesondere für Hilfstätigkeiten, wo Leiharbeit bereits in großem Umfang stattfindet. Sie findet vermehrt aber auch bei Fachtätigkeiten Anwendung. Von daher gibt es ein vitales Interesse auch der Stammbeschäftigten, hier eine Regulierung durchzusetzen. … In der Druckindustrie gibt es seit mehreren Jahren einen massiven Beschäftigungsabbau. Allein im vergangenen Jahr sind fast 10000 Arbeitsplätze gestrichen worden. Angesichts der Tatsache, daß es kein signifikantes Mengenwachstum in der Branche gibt – bei gleichzeitiger Produktivitätssteigerung allein im vergangenen Jahr von über vier Prozent – würde eine Arbeitszeitverlängerung den ohnehin stattfindenden Prozeß der Arbeitsplatzvernichtung noch beschleunigen. Von daher verbietet es sich speziell für die Druckindustrie, auf Arbeitszeitverlängerung zu setzen. … Der Ehrenpräsident des Verlegerverbandes, Alfred Neven DuMont, und die SPD müssen sich als Eigentümer der FR an ihren eigenen Maßstäben messen lassen. Denn was bei der Rundschau passiert, ist im Prinzip nichts anderes als das Schlecker-Konzept: Es wird entlassen, um dann neue Verträge zu schlechteren Konditionen anzubieten. Aufgrund des öffentlichen Drucks ist Schlecker mittlerweile zur Einsicht gekommen. Bei der SPD und DuMont ist das bislang leider nicht der Fall. … Die Frankfurter Rundschau – die für die Pressevielfalt in Deutschland eine wichtige Rolle spielt – droht infolge der Pläne als publizistische Einheit zu verschwinden. Der Verlust an überregionaler Berichterstattung durch die FR ist auch eine Wertvernichtung, durch die Presse- und Meinungsvielfalt verringert werden.
Quelle: Junge Welt
18. **zu guter Letzt: Volker Pispers: Schulden (12.04.2011)**
Quelle: WDR2
19. **Das Allerletzte: Fremdschämen mit der FDP**
Quelle: YouTube-Kanal der FDP